

Vizepräsidentin Petra Pau

- (A) Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Ulrich Kelber für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schwarz-Gelb hat sich in eine atomare Wagenburg geflüchtet. Wenn sich die Anführer dieser schwarz-gelben Truppe umsehen, sehen sie, dass sie ein kleines, verlorenes Häuflein geworden sind. Um die Wagenburg herum sind längst nicht mehr nur die Rothäute, die Indianer,

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Auch die Kälber!)

nein, auch die eigene Kavallerie ist schon auf der anderen Seite, und bei einem der eigenen Anführer, dem Umweltminister, weiß man nie, ob er innerhalb oder außerhalb der Wagenburg ist. Das scheint sich im Stundenrhythmus zu ändern.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meist ist er weg! Wo ist Herr Röttgen überhaupt?)

Wie damals bei Cowboys und Indianern sind auch hier diejenigen in der Wagenburg die Friedensbrecher, die Eindringlinge, die ihre eigenen Interessen brutal durchsetzen wollen.

(B)

Das Interessante ist: Seit Beginn der Diskussion haben sich die Warnungen an dieses schwarz-gelbe Häuflein in der Wagenburg massiv verstärkt. Allein schon die Debatte über eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken und die Verzögerung der Entscheidungen führt zu einem Zusammenbruch der Investitionen. Es sind Ihre eigenen Bürgermeister und Kommunalräte, die Sie auffordern, diesen Unsinn zu unterlassen,

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der Deutsche Städtetag mit einer CDU-Oberbürgermeisterin an der Spitze. Die kommunalen Stadtwerke machen deutlich, welche Verluste es für Stadtwerke in Bürgerhand geben würde, wenn die Laufzeiten der Atomkraftwerke der großen Energiekonzerne verlängert würden. All diese Warnungen aus der Praxis interessieren die schwarz-gelbe Atomwagenburg nicht.

Vor der Zementierung der Monopole wird gewarnt. Jeder weiß, was Monopole bedeuten: ungerechtfertigt hohe Preise und geringe Innovationen. Gibt es Ihnen nicht zu denken, dass die letzten drei Präsidenten des Bundeskartellamts unisono vor der Verlängerung der Laufzeiten warnen? Herr Böge warnt in einem Gutachten für die Stadtwerke. Der frühere Chef, Herr Heitzer, warnt in seinem letzten Interview in diesem Amt vor einer Verlängerung der Laufzeiten, bevor er als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium in diese Regierung wechselt. Auch der aktuelle Präsident – er wurde auf

Ticket der FDP dorthin geschickt – warnt vor einer Verlängerung der Laufzeiten. Wenn Sie nicht auf die Opposition hören, dann hören Sie an dieser Stelle zumindest auf die eigenen Leute. (C)

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das können Sie denen in dieser Koalition nicht zumuten!)

Vor einigen Wochen mussten Sie feststellen, dass aus der Wagenburg wieder ein Wagen herausgebrochen wurde, nämlich der nordrhein-westfälische Wagen. Statt die Wagenburg zu öffnen, wurde sie noch kleiner zusammengefasst. Jetzt hat man sich entschieden: Wir umgehen die verlorene Bundesratsmehrheit, obwohl es einen Brief der Ministerpräsidenten Koch und Oettinger gibt, in dem steht, dass dies verfassungsrechtlich nicht möglich ist, obwohl das Umweltministerium ein Gutachten des bisherigen Verfassungsgerichtspräsidenten Papier in die Hand bekommen hat, in dem steht, dass das nicht geht, obwohl BMI und BMJ als Verfassungsressorts – sie haben sie geradezu gezwungen, Ihnen eine Stellungnahme zu liefern, in der steht, dass man ohne Bundesratszustimmung verlängern kann – zu dem Ergebnis kommen, dass eine solche Entscheidung mit einem nicht unerheblichen verfassungsrechtlichen Risiko verbunden wäre.

Das heißt, Sie wollen bewusst die Verfassung brechen, um dann auf Zeit zu spielen. Sie hoffen, dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes nicht sofort fällt, sondern erst nach einigen Jahren. Ich sage Ihnen: Wir bekämpfen das politisch, wir engagieren uns in der Zivilgesellschaft, die dagegen aufsteht, wir werden dagegen klagen, und wir werden eine Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes beantragen. Wir lassen Ihnen das nicht durchgehen. (D)

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kauch, ich bin insbesondere verwundert, wie die FDP im Widerspruch zu den eigenen Werten steht.

(Michael Kauch [FDP]: Tun wir doch nicht!)

Warum schützen Sie einen Verfassungsbruch? Sie waren einmal eine Rechtsstaatspartei. Warum schützen Sie die zentrale Energieerzeugung, anstatt den Bürgerinnen und Bürgern Freiheit mit dezentraler Energieerzeugung zurückzugeben? Warum schützen Sie Monopole, statt den Wettbewerb zu fördern? Hören Sie denen zu, die Sie warnen!

Die hohen Preise kann man ablesen. Ich habe mir die Werte noch einmal besorgt. Allein die Gewinne der beiden größten Energiekonzerne betragen über 16 Milliarden im Jahr.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das erinnert mich an Gazprom!)

Das sind mehr als 200 Euro pro Bürgerin und Bürger. Die beiden zusammen haben wohl mehr verdient als alle anderen börsennotierten deutschen Unternehmen gemeinsam. Das ist die Größenordnung, in der diese Mo-

Ulrich Kelber

- (A) nopole, deren Kraftwerke Sie jetzt über den bisherigen gesetzlichen Rahmen hinaus verlängern wollen, übermäßige Preise von den Privathaushalten und unserer Wirtschaft – zulasten der Wettbewerber und zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher – verlangen.

Ich hoffe, dass Sie mit dem Atomausstieg endlich Ihren Frieden machen. Irgendwann muss man einsehen, dass die Wagenburg so klein geworden ist, dass man nicht mehr lange durchhalten kann. Jeder Tag, den Sie in der Wagenburg verbringen, ist nicht nur ein parteitaktisches Problem für Schwarz-Gelb, sondern auch ein Problem für Deutschland; denn solange Sie auf dieser Bremse stehen, wird nicht investiert. Selbst die Großen wie RWE stellen andere Investitionen zurück. Die Stadtwerke schreiben Ihnen doch: Wir investieren nicht, bevor wir wissen, wie das Umfeld ist, und wir werden nicht investieren, wenn Sie die Atomkraftwerkslaufzeiten verlängern. – Andere Länder investieren jetzt in diese Zukunftstechnologien und beginnen, uns zu überholen. Aber Sie stehen in Sachen Technologieentwicklung auf der Bremse und sorgen so dafür, dass Deutschland seine Technologieführerschaft verliert. Das erkennen immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen ein letztes Beispiel nennen. Auf meine Initiative hin wurde in den Bonner Stadtrat der Antrag eingebracht, die Abgeordneten der Region aufzufordern, wegen der Verluste für die Städte nicht für eine Laufzeitverlängerung zu stimmen; zu den Abgeordneten in der Region gehören neben mir unter anderem Norbert Röttgen und Guido Westerwelle.

- (B)

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh! Armer Uli!)

Über diesen Antrag wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen, Linkspartei und CDU Beschluss gefasst. Das heißt, Sie werden Post von Ihren eigenen Leuten bekommen und aufgefordert, diesen Unsinn zu lassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und was hat Guido gemacht? – Gegenruf des Abg. Ulrich Kelber [SPD]: Das weiß ich nicht! Er ist ja kein Mitglied des Stadtrats!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Thomas Bareiß für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Thomas Bareiß (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Lieber Herr Kelber, ich rate Ihnen, etwas weniger *Bonanza* zu schauen und vielleicht einmal die Realität anzuerkennen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(C)

Wenn Sie heute Mittag wirklich ernsthaft die Frage aufwerfen wollen, woran es liegt, dass wir in Deutschland weniger in die Energiewirtschaft investieren als notwendig wäre, dann rate ich Ihnen: Fragen Sie Herrn Trittin, warum er in NRW gegen eine der modernsten KWK-Anlagen in Europa eintritt und sagt, Datteln muss gestoppt werden. Fragen Sie 50Hertz, einen der Übertragungsnetzbetreiber in den neuen Ländern, warum das Unternehmen beim dringend notwendigen Leitungsbau in Thüringen nicht vorankommt.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil Sie keine Erdverkabelung zulassen! Das ist doch ganz einfach!)

Fragen Sie RWE und EnBW, warum sie es nicht schaffen, im Schwarzwald ein großes Projekt, das notwendig ist, um die erneuerbaren Energien auszubauen, nämlich das Schluchseeprojekt, das Pumpspeicherkraftwerk, voranzubringen. Es sind überall rot-grüne Allianzen, die gegen diese Investitionen stimmen. Überall versuchen Sie, diese Investitionen zu verhindern. Das ist das Problem, das wir in unserem Land haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Aha! Selbst in schwarz-gelb regierten Ländern sind es also die Roten und die Grünen! Das ist ja interessant! So machtlos sind Sie? – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer blockiert denn in Baden-Württemberg?)

Sie haben die Frage gestellt: Brauchen wir die Laufzeitverlängerung? Ich möchte ganz kurz grundsätzlich auf diesen Punkt eingehen. Meine Damen und Herren, das ist mir sehr ernst: Wir sind seit zwei Jahren in der schlimmsten Finanz- und Wirtschaftskrise in der jüngsten Geschichte unseres Landes.

(D)

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da machen diese Unternehmen 60 Milliarden Euro Gewinn!)

Diese Finanz- und Wirtschaftskrise hat einen Ursprung. Im Kern ist sie eine Verschuldungskrise.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ist das die einzige Ursache?)

– Ein Hauptbestandteil der Finanzkrise ist die Verschuldungskrise.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass weltweit ein Großteil unseres Wachstums und unseres Wohlstands in den letzten Jahren auf Schulden basierte. Die große Herausforderung der nächsten drei bis fünf Jahre wird sein, unsere Wachstums- und Wohlstandsimpulse aus anderen Motoren zu bekommen. Hier wird unter anderem die Energiepolitik ein ganz zentraler Bestandteil sein. Ein wesentlicher Punkt wird sein, dass wir die erneuerbaren Energien ressourcenschonend und effizient ausbauen

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen?)